

Dresdener Volkszeitung

Verlag: Dresden
Haben & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Vertrieb: Sächs. Staatsdruckerei, Dresden
Post-Bezirk für Abrechnung: Dresden
Post-Bezirk für Adressen: Dresden
Abnehmer: Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Dresden, Freitag, den 6. Februar 1931

42. Jahrgang

Das und Putschpläne

Der Dingeldeys Plan zugestimmt?

Der Reichsanwalt hat am Donnerstag vor dem Reichsgericht öffentlich festgestellt, daß die Reichsgerichtlichen Putschpläne rechtlich abgelehnt sind. Daß solche Pläne auf der rechten Seite nicht erörtert worden sind und der Führer der Putschpartei dem Reichsanwalt vor ungefähr fünf Wochen einen Putschplan gegen die Verfassungskasse hat, ist von Herrn Dr. Brüning weder erwähnt worden. Allerdings hat der Reichsanwalt die Pläne nicht sofort entschieden abgelehnt. Der Reichsanwalt hat nicht von dem bemerkt, was die Pläne seiner Hintermänner in der Rheinisch-Westfälischen Reichsgerichtsversammlung hatten. Vielmehr hat er ihnen einen Vortrag mit einem Vertreter eines Berliner Anwalts gehalten, daß er sich schon lange den Kopf darüber was werden soll, wenn das Parlament bei der Reichshandlung wieder verfallen würde. Daß das Reichsgericht ist, wie wir es dargestellt haben, das heißt eine ebensolche Ruhestätte für die Verfassung ist, steht außer jedem Zweifel. Inwiefern sich Herr Dingeldey nicht an den Reichsanwalt in jener Richtung wendet, wissen wir nicht. Inwiefern er behauptet, daß die Pläne auf ihn und seine Hintermänner auferlegt worden sind, wissen wir nicht. Dennoch erscheint es die Sache nochmals zurückschauen, und zwar aus folgenden Gründen:

Dingeldeys seiner Reaktion vor acht Tagen die nach den gegebenen Möglichkeiten zu einem Falten gehen. Die Verfassung auseinanderfallen, was man dort erwartet. Aber mehr noch als über die Pläne selbst hören von Dingeldey bis von Seefeld darüber erkannt, zum ersten Mal von Dingeldey geäußerten Worten freigelegt wurden. Die Pläne, die in der Konventionen billigen dieser Pläne beschließen hat sich Herr Dingeldey so vor seiner Zeit. Wir können uns nicht vorstellen, daß diese Pläne, die, wie wir gesehen haben, was uns aus der Vorüberlieferung Seite mitgeteilt wurde, weil uns eine Erklärung des Sachverhalts im öffentlichen Interesse notwendig erscheint.

Die Pläne sind nicht mehr, daß Herr Dingeldey recht bald das Reich übernehmen wird.

Brüning und Demokratie

Gegen das Revisionsgeschrei
Dürftige Erklärungen über Sozialpolitik und Arbeitsbeschaffung

Aus dem Reichstag wird uns gefürchtet:

Die Rede des Reichsanwalt Brüning, mit der am Donnerstag die politische Aussprache eröffnet worden ist, hat zwar keine Ueberwindungen gebracht, aber doch wesentlich zur politischen Klärung beigetragen. In die Sprache seiner Ausführungen stellte der Reichsanwalt die Notwendigkeit, den Staat parlamentarisch zu erledigen. Wenn auch die gegenwärtige Wirtschaftskrise nur ein Teil der allgemeinen Krise der Weltwirtschaft sei, so sei doch ihre Überwindung in erheblichem Maße davon abhängig, ob das Vertrauen im In- und Auslande zu Deutschland wiederhergestellt werde. So stark die parlamentarische Erledigung des Falls dieses Ziel fördern werde, so stark werde das Scheitern dieser Absichten die Wirtschaftsgesundung beeinträchtigen.

In diesem Zusammenhang erklärte der Reichsanwalt weiter, daß die Reichsregierung aus ähnlichen Erwägungen möglichst wenig vom Artikel 48 Gebrauch machen wolle und daß sie den Plänen auf Errichtung einer Diktatur, von denen in den letzten Tagen mehrfach gesprochen worden sei, rechtlos ablehnend gegenüberstehe.

Durch die weitere Erklärung, die Reichsregierung werde sich Tempo und Zeitpunkt für die Revision der Reparationsverpflichtungen Deutschlands nicht differenzieren lassen, sondern von sachlichen Voraussetzungen abhängig machen, rundete der Reichsanwalt das Bild der allgemeinen politischen Absichten der Reichsregierung ab und gab zu, daß das Reparationsgeschäft Deutschland schadet.

Soweit Vernunft die Haltung des Volkes bestimmt, wird man diesen Teil der Rede des Reichsanwalt durchwegs billigen. Er ist die Konsequenz aus dem

Wahlergebnis vom 14. September. Das Wahlergebnis hat Deutschland nicht genutzt, wie die nationalsozialistische Diktatur behauptet, sondern ungeheuer geschadet. Die zwei Milliarden Mark, die Deutschland seit dieser Zeit an Krediten einbüßte, haben eine weitere halbe Million Menschen arbeitslos gemacht. Weit notwendiger als vorher ist deshalb jetzt eine Politik, die das Vertrauen zu Deutschland wieder stärkt, die dem In- und Auslande zeigt, daß das deutsche Volk noch genügend vernünftige Kräfte besitzt, um der nationalsozialistischen Verleumdungspolitik, die im Chaos ihren Sieg zu erringen hofft, Einhalt zu gebieten.

Überdies werden über die Methoden zur Überwindung der jetzigen Vertrauenskrise Meinungsverschiedenheiten bestehen. Es erscheint uns als ein sehr beachtliches Zeichen, daß die Absichten auf Aenderung der Geschäftsordnung und Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit des Reichstages anscheinend von einer großen Mehrheit beschlossen werden. Ob das aber bei den wirtschaftlichen Maßnahmen in gleicher Weise der Fall sein wird, muß einstweilen dahingestellt bleiben. Der Reichsanwalt hat Vorschläge der Regierung zur Hilfe für die Landwirtschaft angekündigt. Welche Maßnahmen die Regierung vorschlagen wird, hat er allerdings nicht gesagt. Doch geistige Maßnahmen allein nicht ausreichen, und daß die Selbsthilfe der Landwirtschaft in erster Linie erforderlich ist, hat der Reichsanwalt anerkannt. Man wird aber einen Schritt weitergehen und darauf hinweisen müssen, daß geistige Eingriffe zugunsten der Landwirtschaft auch unendlichen Schaden hervorrufen können, wenn durch sie die handelspolitischen Beziehungen zu anderen Ländern gestört und das Heer der Arbeitslosen auf diese Weise vergrößert wird.

Überhaupt ist der Teil der Rede des

Schlägerei im Stadtparlament

Nazis und Kommunisten fahren sich an die Gurgel

D. Berlin, 6. Februar. (Fig. Funkspruch.) Im Berliner Stadtparlament eskalierte am Donnerstag die Schlägerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten ausartet. Die Kommunisten brachten einen Antrag auf einen Kampf ein, in dem für den Tag der Verhandlung ein Kampf angekündigt wurde. Die Kommunisten brachten eine Resolution ein, die den Kampf zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten in der Reichshandlung aufrechterhalten und gleichzeitig die Zurückweisung der Forderung der Nationalsozialisten durch die Stadt gefordert wurde. Der Kommunist lange, einer der heftigsten Reden der Berliner Stadtparlament, begründete den Antrag mit den demokratischen Ansätzen gegen die Kommunisten, den Nationalsozialisten und die Sozialdemokratie. Immer und immer wieder wurde er zur Ordnung gerufen. Als er schließlich einen Artikel aus dem Berliner Kassblatt brachte, in dem die Kommunisten als „Ganoven“ und „Anführer der Diktatur“ bezeichnet wurden, und die nationalsozialistischen Stadtobern ihre Zustimmung mit dieser Ausbeutung durch Ehrverletzung zu erkennen gaben, erhob sich ein ungeheurer minutenlang dauernder Lärm. Die Kommunisten riefen den Nazis zu: Kommt ihr nun näher reud, dann könnt ihr Sengen beziehen. Als dann der

Frankreich will helfen

Es steht nunmehr fest, daß sich französische Banken an der Beschaffung eines Reichskredits beteiligen werden. Das Reich hat nominell 800 Millionen Mark für die Beschaffung der Reichsbahn an deutsche Versicherungsgesellschaften und an die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte verkauft. Die letztere war aber nicht in der Lage, den Gegenwert sofort an das Reich auszugeben, so daß eine Zwischenfinanzierung im Betrag von 100 Millionen Mark erforderlich wurde. Es ist nunmehr sicher, daß die französischen Banken unter der Führung der Banque de Paris et des Pays-Bas sich an der Beschaffung beteiligen werden. Das Ausmaß der französischen Beteiligung liegt noch nicht fest, doch dürfte auf Frankreich der kleinere Teil des gesamten Kredits von 30 Millionen Tollar oder rund 100 Millionen Mark entfallen.

Wenn die französischen Banken sich an diesem Kredit beteiligen, so tun sie es natürlich in erster Linie aus geschäftlichen Gründen. An einem Kredit für das Deutsche Reich wird mehr verdient als an einem Kredit für den französischen Staat. Doch es ist dabei aber auch um ein Ereignis von einiger politischer Tragweite handelt, ergibt sich aus der Einholung der Zustimmung der französischen Regierung. Die Verteilung des Kredits dem deutschen Standpunkt aus hängt zunächst von der Höhe der zu zahlenden Zinsen ab. Darüber hinaus aber ist die Beteiligung Frankreichs an einem Kredit für das Deutsche Reich ein Zeichen für die Bereitschaft zu wirtschaftlicher Zusammenarbeit, das auch für die politischen Beziehungen den beiden Staaten nur günstig beurteilt werden kann.

Es ist übrigens nicht das erste Mal, daß französisches Kapital bei der Beschaffung für einen deutschen Reichskredit beteiligt ist. Französische Banken haben schon im Juli 1929 - freilich mit erheblich geringeren Beträgen - auch an dem 80-Millionen-Dollar-Kredit für das Reich teilgenommen, der damals unter der Führung von Dillon Read & Co. zustande gekommen ist.

Die Konkurrenz



Recht ist ja unantastbar!

Schlägerei im Stadtparlament

Nazis und Kommunisten fahren sich an die Gurgel

D. Berlin, 6. Februar. (Fig. Funkspruch.) Im Berliner Stadtparlament eskalierte am Donnerstag die Schlägerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten ausartet. Die Kommunisten brachten einen Antrag auf einen Kampf ein, in dem für den Tag der Verhandlung ein Kampf angekündigt wurde. Die Kommunisten brachten eine Resolution ein, die den Kampf zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten in der Reichshandlung aufrechterhalten und gleichzeitig die Zurückweisung der Forderung der Nationalsozialisten durch die Stadt gefordert wurde. Der Kommunist lange, einer der heftigsten Reden der Berliner Stadtparlament, begründete den Antrag mit den demokratischen Ansätzen gegen die Kommunisten, den Nationalsozialisten und die Sozialdemokratie. Immer und immer wieder wurde er zur Ordnung gerufen. Als er schließlich einen Artikel aus dem Berliner Kassblatt brachte, in dem die Kommunisten als „Ganoven“ und „Anführer der Diktatur“ bezeichnet wurden, und die nationalsozialistischen Stadtobern ihre Zustimmung mit dieser Ausbeutung durch Ehrverletzung zu erkennen gaben, erhob sich ein ungeheurer minutenlang dauernder Lärm. Die Kommunisten riefen den Nazis zu: Kommt ihr nun näher reud, dann könnt ihr Sengen beziehen. Als dann der

Moderator des Berliner Kassblattes und Stadtobern Dr. Lippert die Rednertribüne bestieg, begründete die eigentlichen Tumulte. Lippert sprach von einem „Gegenschlag der Nationalsozialisten“. Ob er den Tag der Verhandlung in Charlottenburg oder den Tag der Verhandlung meinte, blieb unklar. Die Kommunisten nahmen an, daß mit dem „Gegenschlag der Nationalsozialisten“ der Verhandlungstag der beiden entscheidenden Kommunisten gemeint sei. Lippert hatte seine Rede mit dem Satz begonnen, daß der kommunistische Stadtobern Gröndel auf der Rednertribüne sprach, Lippert an der Brust hatte und wie toll auf ihn einschlug. Am gleichen Augenblick war die Rednertribüne von kommunistischen und nationalsozialistischen Stadtobernen umgeben, die wie die Wilden aufeinander einfielen. Das Gemäule Lippert hatte nichts Geringeres zu tun, als schweigend zu schälen. Unterdessen wurden keine zehn bis fünf Minuten später die Kommunisten von der Nationalsozialistischen Hebräer umgeben und mit Säulen und Fußstapfen traktiert. Etwa 5 Minuten später der Kampf, bis es schließlich Stadtobernen anderer Parteien gelang, die Maßnahme zu trennen. Als der Kampf abgeschlossen war, stellte der Vorsitzende fest, daß der Kommunist Gröndel an der Eröffnung der Kampfhandlung die Verantwortung trage. Der Kampf konnte nicht weitergeführt werden.